

3730/J XXIV. GP

Eingelangt am 16.11.2009

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

des Abgeordneten Vilimsky
und weiterer Abgeordneter

an den Bundesminister für Finanzen
betreffend offensichtlich geplante Privatisierung der Post

Seit dem Börsengang im Jahr 2006 hält die österreichische Staatsholding ÖIAG (Österreichische Industrieholding AG) am Grundkapital der Österreichischen Post AG 52,8%. Damit ist die ÖIAG weiterhin Mehrheitsaktionärin des Unternehmens. Nunmehr gibt es offensichtlich Pläne, die Österreichische Post AG weiter zu privatisieren.

Die Wiener Gemeinderäte Siegi Lindenmayr, Godwin Schuster, Friedrich Strobl, Franz Ekkamp und Mag. Nicole Krotsch haben am 22. Juni 2009 einen Beschluss- (Resolutions-)Antrag betreffend die geplante Privatisierung der Post eingebracht.

Dabei haben Sie in Ihrer Begründung unter anderem ausgeführt:

... So soll als ein nächster Schritt in Österreich die Post privatisiert werden. Ein über viele Jahrzehnte funktionierendes Dienstleistungsunternehmen, das im wahrsten Sinn allen etwas gebracht hat – vor allem auch zigtausenden ArbeitnehmerInnen eine gute Arbeit mit fairer Bezahlung -, soll nun endgültig zerschlagen werden. ...

... Es besteht daher kein Grund, das Unternehmen aus dem öffentlichen ins private Eigentum zu übertragen und den Betrieb und seine Beschäftigten einer ungehemmten Profitlogik auszuliefern.

Dazu stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Finanzen folgende

Anfrage

1. Wann soll es zu einer weiteren Privatisierung der Österreichischen Post AG kommen?
2. In welchem Umfang und welcher Form soll die Österreichische Post AG weiter privatisiert werden?
3. Welche Vorteile erhoffen Sie sich durch eine weitere Privatisierung der Österreichischen Post AG insbesondere vor dem Hintergrund der völligen Liberalisierung des Postmarktes ab 2011?